65. Jahrgang. № 429. Montag, 12. September 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker
Lobeck's Dreixing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. * 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 47 mm breite Zeile 4 M. Aus Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlg. — Einzelnummer 30 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr.

Ablehnung eines Regierungsantrags.

München, 11. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Nach den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses von gestern sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereiterklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zeitungsverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses geändert werde. Die bayerische Regierung hat heute bei dem ständigen Landtagsausschuß noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann nähergetreten werden soll, „wenn die Verhältnisse es gestatten". Dieser Zusatz ist in der Sonntagssitzung vom ständigen Landtagsausschuß mit Mehrheitsbeschluß abgelehnt worden. Deshalb traten Ministerpräsident von Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück. Der Ministerrat wird morgen vormittag zusammentreten. (wtb.)

Der Kompromißantrag.

München, 10. Sept. Die Koalitionsparteien haben im ständigen Landtagsausschuß nach dem Referat des Abg. Geheimrats Heid über die Berliner Beratungen die Erklärung abgegeben, daß sie die von der Reichsregierung vorgelegte neue Fassung der Reichsverordnung vom 20. Aug. als ein zu geringes Entgegenkommen betrachten und vor allem für § 4 folgende Fassung haben wollen:

Zuständig für Verbote nach § 1 und 3 für die Beschlagnahme nach § 2 sind die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern hat die Landeszentralbehörden um den Ausspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme zu ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde, dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, so hat sie spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens die Entscheidung des in § 7 vorgeschlagenen Ausschusses anzurufen.

Wenn der § 4 des neuen Entwurfes der Reichsverordnung diese von der Koalition vorgeschlagene Fassung erhält, so könnte der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben werden.

Die Einleitung zu den Gegenvorschlägen soll lauten: Die bayerische Staatsregierung hat sich mit den Verhandlungen in Berlin befaßt. Sie ist dann in der Lage, den Vorschlägen beizutreten, wenn die Polizeihoheit der Länder wiederhergestellt wird und wenn die Paragraphen 4 und 7 die obige Fassung erhalten. Weiter wurde folgende Schlußbemerkung vorgeschlagen: Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wunsche der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten.

Ein Antrag Ackermann (U. S. P. D.), die Schlußbemerkung dahin zu fassen, daß unter dieser Voraussetzung die bayerische Staatsregierung mit Zutreffen der Reichsverordnung den Ausnahmezustand von sich aus aufheben wird, wurde abgelehnt. Darauf wurde die neue Fassung der Paragraphen 4 und 7 nach längerer Aussprache bei Stimmenthaltung der sozialistischen Linken angenommen. Bei der Abstimmung über Einleitung und Schlußworte des Gegenvorschlages enthielt sich auch die Fraktion der Bayerischen Mittelpartei der Stimme, da sie die Auffassung vertrat, daß es der Regierung zukomme, zunächst ihrerseits hierfür Vorschläge zu machen.

*

Die Meldung von dem Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr muß um so mehr überraschen, als noch nach dem Verlauf der Sonnabendsitzung des bayerischen Landtagsausschusses, die zu dem wiedergegebenen Kompromißantrage geführt hatte, eine Erschütterung der Stellung v. Kahrs als überhaupt nicht in Frage kommend bezeichnet worden war. Sämtliche Koalitionsparteien standen noch fest hinter ihm. Die kurze amtliche Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann läßt aber nicht erkennen, durch welche Parteikonstellation die Ablehnung des Regierungsantrages herbeigeführt worden ist, und verbietet darum, irgendwelche Schlußfolgerungen über das Zustandekommen des überraschenden Mehrheitsbeschlusses zu ziehen. Eins aber haben die bisherigen Beratungen mit positiver Sicherheit ergeben: daß die bayerische Mehrheit nicht gewillt ist, den schrankenlosen Unitarisierungsgelüsten der Reichsregierung freien Lauf zu lassen und den bayerischen Belagerungszustand ohne feste Sicherheiten über die Wiederherstellung der Landesregierungsgewalt und über die Möglichkeit festen Zugreifens gegenüber jedem umstürzlerischen Treiben aufzugeben. Mit diesem festen Willen muß jede Regierung in Bayern rechnen und darum liegt kein Anlaß vor, den Rücktritt v. Kahrs als einen Sieg der Reichsregierung zu bezeichnen, so sehr sich Dr. Wirths Anhänger auch bemühen werden, ihn dazu zu stempeln. Wie man aus der Meldung ersehen kann, hatte Herr v. Kahr lediglich über die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes Bedenken und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß hierbei die gegenwärtige sozialistische Abtrennungshetze in Franken maßgebend war. Wenn also Abgeordnete der Regierungskoalition gegen den Regierungszusatz gestimmt haben, so kann dafür wohl nur ein Auseinandergehen der Ansichten über die Gefahr dieser Hetze der Anlaß sein. Im übrigen kann erst die Kenntnis über den Verlauf der entscheidenden Ausschußsitzung und das Ergebnis des heutigen Ministerrats weitere Klarheit bringen.

In ganz Bayern mit Ausnahme der Sozialisten wird man den Rücktritt des verdienstvollen Leiters des bayerischen Staatsschiffes mit tiefem Bedauern und mit ernster Besorgnis aufnehmen, eine Besorgnis, die von den nationalen, nicht unitaristischen Kreisen des übrigen Deutschland voll geteilt wird. Denn wenn auch der Verlauf der Ausschußberatungen erkennen läßt, daß jeder neue bayerische Ministerpräsident denselben Kurs steuern muß, wie Herr v. Kahr, so ist es doch sehr fraglich, ob sich ein Mann finden wird, der sein Amt mit derselben Meisterschaft und mit demselben Erfolge für den Wiederaufbau des Landes führen wird. Herrn v. Kahr wird es in Bayern unvergessen bleiben, daß er in der schweren Zeit der Kappstürme als die bürgerlichen Kreise von der sozialistischen Regierungswirtschaft genug hatten, mit beispiellosem Erfolge die schwierige Aufgabe übernommen hat, Ordnung zu schaffen und dem Lande die so notwendige Ruhe zu erhalten. Dem ist es zuzuschreiben daß es seit den Kapptagen in Bayern keinen Streik mehr gegeben hat und keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Gesundungsprozeß gestört haben. Seiner maßvollen Politik ist es zu danken, daß alle Konflikte mit dem Reiche, selbst die gefahrvolle Einwohnerwehrfrage, zu einer gütlichen Lösung geführt haben. Ueber seine Reichstreue hat er nie einen Zweifel gelassen und sie stets bewährt. Und wenn jetzt wegen des Belagerungszustandes so maßlos gehetzt wird, so kann er für sich in Anspruch nehmen, daß seine Regierung ihn nicht verhängt, sondern daß er ihm als Erbschaft der sozialistischen Regierung Hoffmann übernommen und stets maßvoll durchgeführt hat.

Die Verhandlungen im Landtagsausschuß.

München, 10. Sept. Heute nachmittag um 4 Uhr 20 Min. wurde die Sitzung des ständigen Landtagsausschusses eröffnet, der sich mit dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche beschäftigte. Der Vorsitzende Abg. Held führte u. a. aus:

Es ist nicht ganz leicht und angenehm, als Mitglied des bayrischen Landtages mit dem Reiche in Verhandlungen einzutreten, **weil doch vielfach das Verständnis für unsere Lage vermißt wird.** Man legt in Berlin einfache Berliner oder preußische oder andere Reichsverhältnisse zugrunde. Ich gebe zu, daß von unserer Seite nicht selten der gleiche Fehler gemacht wurde. Es müßte das Bestreben nicht nur in Bayern, sondern auch im Reiche vorhanden sein, sich von falschen Vorstellungen und Voreingenommenheiten freizumachen zu wollen. Auch den Eindruck habe ich, daß es in der Reichsregierung Leute gibt, die an der Unitarisierung und Zentralisierung, wie sie leider durch die Weimarer Verfassung herbeigeführt worden ist, noch nicht genug haben und darüber hinaus eine weitere Unitarisierung zum Verhängnis auch des Reiches erzwingen wollen. Die Verordnung des Reichspräsidenten hat uns so schwer getroffen, weil sie ein mächtiges Stück bayrischer Selbständigkeit direkt in Frage gestellt hat, nämlich die Selbständigkeit der Landeszentralpolizeibehörden und der gesamten Landesverwaltung. Ich habe nicht verstanden, daß man einen beispiellos scharfen Ausnahmezustand schafft in einem Freistaate unter der Demokratie, zugleich aber den anderen, der schon den Ausnahmezustand hat zwingen will, ihn aufzuheben. Ich gebe zu, daß für das Reich die Notwendigkeit bestand, von Artikel 48 Gebrauch zu machen; aber wenn das vom Reichspräsidenten in Anspruch genommen wird, so darf man den anderen, der auf seinem Gebiete dasselbe tut, nicht als einen schlechten Kerl bezeichnen. Hätte der Reichspräsident seine Verordnung für das übrige Reich erlassen und wäre er mit der bayrischen Regierung in Verbindung getreten zwecks Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes und Ersetzung durch die Verordnung des Reichspräsidenten, so wäre ohne jede Reibung zwischen Bayern und dem Reiche ein Verhältnis zustande gekommen, mit dem beide Teile einverstanden sein konnten. Statt dessen hat der Reichspräsident die ganze Verordnung zwangsweise ohne jede Rücksicht auf die bayrischen Verhältnisse, ohne vorherige Fühlungnahme mit Bayerns Regierung auch auf Bayern erstreckt. Dadurch sind die politischen Spannungen herbeigeführt worden. Wir und die bayrische Regierung müssen die Verantwortung für diese Entwicklung ablehnen.

Verhaftung eines nordbayrischen Agitators.

München, 10. Sept. Der bayrische Landtagsabgeordnete August Fischer, Schlosser und unabhängiger Sozialist aus Nürnberg, der in einer Parteiversammlung in München die bevorstehende Ausrufung der Republik Nordbayern angekündigt hat, ist heute in Nürnberg auf Veranlassung des Staatskommissars für München verhaftet worden.

Italienisches Eingreifen im westungarischen Konflikt.

Paris, 10. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Rom hat die italienische Regierung in Wien wissen lassen, daß sie bereit ist, in den österreichisch-ungarischen Konflikt in Westungarn einzugreifen. Nach einer weiteren Meldung sollen die ersten italienischen Kontingente bereits abgegangen sein. (W. T. B.)

Rom, 11. Sept. Der Minister des Auswärtigen Della Torretta ist in Begleitung seines Kabinettschefs gestern abend nach Wien abgereist. (W. T. B.)

Die Entente droht „Sanktionen" an.

Paris, 11. Sept. Wie das „Journal des Débats" meldet, hat die Botschafterkonferenz dem ungarischen Gesandten eine Note über die Lage in den westlichen Komitaten überreicht. Die Note stellt fest, daß die von den Banden und Elementen der regulären ungarischen Truppen begangenen Gewalttaten der Budapester Regierung direkt zur Verantwortung fallen. Diese wird deshalb aufgefordert, unverzüglich das in Frage kommende Gebiet zu räumen. Sollte diese Räumung nicht in allerkürzester Frist erfolgen, und die ungarische Regierung in ihrer Haltung verharren, dann würden zur Sicherstellung der Ausführung des Friedensvertrages von Trianon Sanktionen verhängt werden. (W. T. B.)

Der Sturz der Mark.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Neuyork, 11. Sept. Das starke Sinken des Markkurses in den letzten Tagen hat in Handelskreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Die Exportfirmen, die zum Teil die Einkäufe für Deutschland in Händen haben, erhielten während der ganzen letzten Woche keinen Auftrag von Bedeutung, was um so mehr auffällt, als gerade bedeutende Abschlüsse für Getreide, Lebensmittel und Rohstoffe avisiert waren. Mehrere dieser Aufträge sind annulliert worden. Obwohl Telegramme aus Europa verneinen, daß die Ursache der Senkung des Markkurses auf die innerdeutsche Politik zurückzuführen ist, finden die Finanzsachverständigen der Börse keine andere Erklärung dafür. Die Banken hatten nach Zahlung der deutschen Milliarde eine langsame Steigerung des Markkurses in Aussicht gestellt und sind ebenso enttäuscht. Deutschlands Import aus den Vereinigten Staaten hatte im August nicht nennenswert zugenommen, doch sollte er im September einen großen Umfang annehmen. Das neue Abkommen mit Frankreich, das Rathenau in Wiesbaden abgeschlossen hat, wird äußerst kritisch beurteilt in der amerikanischen Finanzwelt.

Gerhart Hauptmann lehnt ab.

Wie wir mitteilten, hat man den Versuch gemacht, Gerhart Hauptmann zu einer Kandidatur für den Posten des Reichspräsidenten zu bewegen. Der Dichter lehnt diese Zumutung in folgendem an den „Lok.-Anz." gerichteten Telegramm ab:

Agnetendorf, 10. Sept. Freunde teilen mir telephonisch mit, daß Zeitungsnachrichten wissen wollen, ich trüge mich mit der Absicht, für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren. Diese Absicht liegt mir vollständig fern. Ich erkläre schon jetzt auf das bestimmteste und nach reiflicher Ueberlegung: Ich werde niemals die mir angewiesene literarische Wirksamkeit aufgeben und in das politische Leben eintreten. Es fehlt mir die Neigung und es fehlt mir die Eignung dazu. Damit hoffe ich alle Gerüchte, die anders lauten, ein für allemal für jetzt und für immer entkräftet zu haben.

Gerhart Hauptmann.

Hergt mahnt zum inneren Frieden.

Staatsminister Hergt äußerte sich zu einem Mitglied der Redaktion des „Lok.-Anz." folgendermaßen:

Niemand weiß bisher, auf welche Motive tatsächlich der Mord an Erzberger zurückzuführen ist. Damit entfällt aber die Berechtigung, aus dieser Tat auf eine Mordatmosphäre in rechtsgerichteten Kreisen zu schließen. Dagegen könnte allerdings die hemmungslose Hetze, die seit dem Tode Erzbergers mit Mitschuld der Regierung gegen alle national gesinnten Kreise eingesetzt hat, durchaus geeignet sein, die Leidenschaften so aufzupeitschen, daß daraus Wahnsinnstaten geboren werden konnten. Der Deutschnationalen Volkspartei ist von irgendwelchen derartigen Plänen nicht das geringste bekannt geworden. Bei meiner Besprechung mit dem Reichskanzler hat dieser aber behauptet, tatsächliches Material dafür zu besitzen, daß Gewaltakten in nitra-rechtsgerichteten Kreisen für die nächste Zeit geplant seien, ohne damit allerdings die Deutschnationale Volkspartei belasten zu wollen. Diese Behauptungen sind uns in den letzten Tagen von einer anderen Regierungsstelle bestätigt worden, wobei wiederum hinzugefügt wurde, daß die Deutschnationale Volkspartei mit diesen Plänen nichts zu tun habe. Ja, man glaube sogar Grund zu der Annahme zu haben, daß die betreffenden Kreise absichtlich unsere Partei im unklaren hielten, offenbar in dem Bewußtsein, bei der Partei für solche Pläne nur schroffste Absage zu finden, wenn man vielleicht auch glaube, durch vollendete Tatsachen auf uns einwirken zu können. Der Reichskanzler hat an seine Mitteilungen das dringende Ersuchen geknüpft, auch unsererseits mit allem Nachdruck unseren Einfluß auf alle uns zugänglichen Kreise geltend zu machen, um sie von Rechtsbrüchen abzuhalten.

Von mir ist schon bei meiner Rücksprache mit dem Reichskanzler der Standpunkt eingenommen worden, daß es in erster Linie Sache der Regierung sei, in dieser Weise vorzugehen, nachdem ihr bisheriges Verhalten zur schwersten Beunruhigung des Volkes wesentlich mit beigetragen habe. Ich habe es aber zugleich für selbstverständlich erklärt, daß die Deutschnationale Volkspartei sich ihrerseits zu einer entsprechenden Maßnahme zur Verfügung stelle. Sie folgt damit nur dem, was sie schon wiederholt in feierlichster Form zum Ausdruck gebracht hat. **Wir lehnen grundsätzlich das Vorgehen mit Gewalt im innerpolitischen Kampfe ab. Wer zum Mittel der Gewalt greift, stellt sich dadurch außerhalb der Partei.** Nicht eine gewaltsame Lösung kann uns frommen, vielmehr vertrauen wir zuversichtlich darauf, daß sich unsere gute Sache in einer völlig gesetzmäßigen, friedlichen Entwicklung von selbst durchsetzen wird. Wohl ist die Empörung und Entrüstung bei unseren Anhängern über die Verfolgungen, denen alle nationalen Regungen zurzeit ausgesetzt sind, riesengroß und durchaus verständlich. Nichts wäre aber verfehlter, als sich dadurch zu Unüberlegtheiten hinreißen zu lassen und so hinterher den Angreifern die Gründe für ihre Hetze zu liefern, die ihnen bisher fehlen. Ich kann deshalb nur dringend mahnen, daß alle, die sich zu uns halten, sich nicht vom Boden des Gesetzes abdrängen lassen. Wenn diese Auffassung Gemeingut aller politischen Parteien und aller Bevölkerungskreise wird, dann hoffe ich zuversichtlich, daß es trotz allem gelingen wird, den schwer bedrohten inneren Frieden wieder herzustellen.

Die Knebelung der Presse im besetzten Gebiete.

Paris, 11. Sept. Havas meldet aus Koblenz, daß die Interalliierte Rheinlandkommission das Blatt „Der Reichsbote" für drei Monate verboten hat. (wtb.)